



Rückenwind für TVStud!

Neue Perspektiven im Kampf studentischer Beschäftigter für Tarifverträge und Mitbestimmungsrechte – von Marvin Hopp*

In: **express** 03-04/2021

Trotz Corona und der erschwerten Bedingungen für gewerkschaftliche Basisinitiativen, die auf persönlichen Beziehungen und direkter Ansprache beruhen, hat sich jüngst eine neue, von Ehrenamtlichen getragene bundesweite Vernetzung der TVStud-Initiativen gegründet. Der Name »TVStud« geht dabei auf eine gleichnamige Initiative in Berlin zurück. Berlin ist bisher das einzige Bundesland, in dem es den Studentischen Hilfskräften und Tutor:innen gelang, im Zuge von Tariffbewegungen entsprechende Verträge für studentische Beschäftigte durchzusetzen. Die aktuelle überregionale Entwicklung sorgt nun für neuen Schwung in der Bestrebung, auch für die über 300.000 studentischen Beschäftigten an den anderen deutschen Hochschulen entsprechende Tarifverträge zu erstreiten. Eine positive Entwicklung, die sicherlich ohne die Selbstaneignung von Videokonferenztechnik und anderen digitalen Arbeitsmitteln, die inzwischen den Studien- und Arbeitsalltag der studentischen Hilfskräfte (SHK) und Tutor:innen in der Teleheimarbeit dominieren, nicht denkbar gewesen wäre. So treffen sich seit November regelmäßig Vertreter:innen bestehender TVStud-Initiativen aus Berlin, Bremen, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Hannover und Münster, um sich digital über ihre Arbeitsbedingungen und bisher gesammelten Erfahrungen im Organizing auszutauschen. Dem vorangegangen war ein erstes Präsenztreffen im Februar 2020, bei dem knapp 60 Interessierte auf Einladung von GEW und ver.di teilnahmen. Ein erster Erfolg des überregionalen Erfahrungsaustausches ist die Neugründung von Initiativen in Sachsen und Schleswig-Holstein.

Das Rückgrat der prekären Wissenschaft

So prekär die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen sind, so schwierig ist es auch hier, funktionierende und beständig arbeitende Strukturen zu etablieren. Der Großteil der Hilfskräfte und Tutor:innen ist geringfügig auf Minijob-Basis beschäftigt und versucht sich damit neben dem Bafög oder der finanziellen Unterstützung durch die Eltern das Leben in einer der vielen überbezahlten Universitätsstädte zu finanzieren. Die Stundenlöhne liegen in den meisten Fällen nicht über 11 Euro. Oftmals, wie z.B. an der Universität in Flensburg mit 9,50 Euro, sogar deutlich darunter. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt häufig zehn Stunden – zumindest vertraglich. Jene, die nicht auf Minijob-Basis arbeiten, sind häufig als »Multijobber« in mehreren Arbeitsverhältnissen an ihrer Hochschule tätig.

Dass die studentische Arbeit nicht als »vollwertig« anerkannt wird, hat die 2018 vom rot-grünen Senat in Hamburg beschlossene Landesmindestlohngrenze gezeigt. »Hamburg – Stadt der guten Arbeit: 12 Euro Mindestlohn nach Tarif« – nur eben nicht für die 4.000 studentischen Beschäftigten mit einem Stundenlohn von 10,77 Euro, denen ein Tarifvertrag verwehrt wird.

Ein großes Hindernis im Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen ist die starke Befristung der studentischen Beschäftigten. Kettenbefristungen sind fast überall die bittere Realität. Zwei

Beispiele: Rund 70 Prozent der Hilfskräfte der Fachhochschule in Münster und fast 75 Prozent derer der Hamburger Hochschulen erhalten nur einen auf zwei bis maximal sechseinhalb Monate befristeten Arbeitsvertrag. Dies führt in der Folge zu einer besonderen Abhängigkeit gegenüber den unmittelbaren Vorgesetzten und verstärkt letztlich die Machtasymmetrie. Kein Wunder, dass bei diesen Gegebenheiten der gesetzliche Anspruch auf Urlaub nur selten eingefordert wird und die liegengebliebene Arbeit – wie auch im Krankheitsfall – einfach *on top* nachgearbeitet werden muss. Der Gang zum Personalrat ist in solchen Fällen nicht ohne Weiteres allen möglich. In fünf Bundesländern ist dieser in rechtlicher Hinsicht nicht zuständig, in sieben sind SHK und Tutor:innen sogar explizit vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgenommen. Auch der in Organisationsprozessen beliebte Rückgriff auf das Instrument von (studentischen) Personalversammlungen – wie jüngst in Göttingen mit über 100 Teilnehmer:innen – bleibt hierdurch den Aktiven der TVStud-Initiativen vielerorts verwehrt.

Eine Herausforderung von strategischer Bedeutung

Inzwischen haben mehr Menschen, die in das Arbeitsleben eintreten, einen Hochschulabschluss als eine Berufsausbildung. Zwei Drittel davon sammeln bereits während des Studiums erste (zumeist prekäre) Arbeitserfahrungen – Tendenz steigend. Dieses Arbeitsumfeld zeichnet sich dabei nicht selten durch die fehlende Präsenz von Gewerkschaften aus. Es ist geprägt durch eine Kultur der Abwesenheit von organisierter Widerständigkeit und einem damit verbundenen Selbstbewusstsein. Es lässt sich erahnen, welche Auswirkungen die beschriebenen Bedingungen an den Hochschulen auch für die -gesamte Arbeitswelt haben.

Schon hier frühzeitig mit gewerkschaftlicher Organisation anzusetzen (wie es in vielen Betrieben mit großen Ausbildungswerkstätten seit Jahrzehnten getan wird) und dadurch eine Kultur der Selbstverständlichkeit über das »Sich-Wehren« zu vermitteln, erscheint in Anbetracht einer zunehmenden Akademisierung der Arbeitswelt daher von enormer Bedeutung. Für die Gewerkschaften bleibt zu hoffen, dass sie diese darüberhinausgehende strategische Wichtigkeit erkennen und ihre Bemühungen in diesem Bereich weiter ausbauen – indem sie die Aktiven vor Ort mit Ressourcen unterstützen.

Ab April starten die TVStud-Initiativen ihre erste gemeinsame bundesweite Kampagne. Unter dem Motto »Keine Ausnahme!« haben sie erstmalig Forderungen für die -Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gebündelt und adressieren diese an die Finanzminister:innen der Länder und deren Tarifgemeinschaft (TdL). Unter den Finanzminister:innen gibt es die Absprache, neben Berlin, wo es 2018 gelang, einen »TVStud 3« durchzusetzen, keine Tarifverträge zuzulassen. Selbsterklärtes Ziel der Kampagne ist es daher, deren Blockadehaltung gegenüber Tarifverträgen für studentische Beschäftigte zu durchbrechen. Der Zeitpunkt ist gut gewählt. Ab September 2021 tritt ver.di mit der TdL in neue Verhandlungen.

Im Rahmen der Kampagne sollen neue Interessierte und Aktive gewonnen werden. Diese haben die Möglichkeit, Teil der zweiwöchentlichen digitalen Treffen zu werden und sich über den Aufbau ihrer eigenen Basisinitiative auszutauschen. Über ein Unterschriftentool können sich studentische Beschäftigte und Unterstützer:innen zu den Forderungen bekennen, selber sammeln gehen und direkten Kontakt mit dem Aktivenkreis in ihrer Stadt aufnehmen. Die Kampagne scheint bereits sehr gut anzulaufen. An der digitalen Auftaktveranstaltung nahmen 108 Interessierte aus 41 Städten teil. Das erste bundesweite TVStud-Treffen nach der Veranstaltung wuchs auf über 35 Teilnehmer:innen an.

Dabei ist den Aktiven bewusst, dass die überregionale Kampagnenarbeit die tatsächliche Organisation vor Ort nicht ersetzt. Sofern man sich künftig allerdings nicht im Häuserkampf verlieren will, ist die Verbreiterung der Bewegung ein notwendiger Schritt. Insbesondere da sich der gemeinsame Gegner ebenfalls überregional aufgestellt und entsprechende Verabredungen getroffen hat. Darüber hinaus sorgen die aktuellen Entwicklungen auch in den Städten Bremen, Göttingen und Hamburg, wo die Organisationsbestrebungen recht weit vorangeschritten sind, nach über einem Jahr politischer Basisarbeit unter pandemischen Bedingungen für neue Energie und Rückenwind.

** Marvin Hopp ist Zerspanungsmechaniker und Sozialökonom, war Mitglied der Jugend- und*

Auszubildendenvertretung und der IG Metall Vertrauenskörperleitung bei Volkswagen. Aktuell studiert er in Göttingen und engagiert sich u.a. bei TVStud in Hamburg.

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12